

Integration, das neue Zauberwort der Politik

Von Wolfgang Bergsdorf

Womit sich die Große Koalition Angela Merkels in die Geschichtsbücher einschreiben wird, ist heute noch unklar. Sicher ist jedoch, dass sie Integrationspolitik neu gestaltet hat. Hier nahm die Regierung Merkel Abschied von rot-grünen Illusionen, mit Formalien wie der Neuordnung des Kinderstaatsangehörigkeitsrechts die Integration von Zuwanderern in die deutsche Mehrheitsgesellschaft vorantreiben zu können.

Die Bundesregierung hat lernen müssen, dass eine gelingende Integration von Nicht-EU-Ausländern Integrationsfähigkeit und Integrationsbereitschaft voraussetzt, und sie hat erkennen müssen, dass nicht jeder, der nach Deutschland kommt, um hier zu leben, diese Bereitschaft mitbringt.

An der Kritik einiger muslimischer Verbände am neuen Bleibe- und Aufenthaltsrecht, das der Bundestag im Juni verabschiedete, konnte man vor dem Integrationsgipfel ablesen, dass die Schlüsselvoraussetzungen einer gelingenden Integration, nämlich Sprachkompetenz, unbedingter Respekt vor den Grundwerten unserer Verfassung und Bildungsbereitschaft, keineswegs bei allen Sprechern muslimischer Verbände unumstritten sind.

Deutschland hat seit mehr als 100 Jahren zahlreiche Zuwanderungswellen erlebt. Schon 1870 und 1915 haben 700 000 Polen im Ruhrgebiet Arbeit und Wohnung gefunden. Die ersten Italiener kamen in den Dreißigerjahren des 20. Jahrhunderts, um in Deutschland ein weites Netz von Eisdielen zu errichten. Nach 1945 hat der westliche Teil Deutschlands zwölf Millionen Vertrie-

bene aus den früheren Ostgebieten aufgenommen, hinzu kamen in den Fünfziger- und Sechzigerjahren vier Millionen Flüchtlinge aus der DDR.

In den Sechzigerjahren wurden Gastarbeiter aus Italien, Jugoslawien und Spanien, dann aus der Türkei angeworben. Anders als die Zugewanderten zuvor sollten sie nur zwei Jahre in Deutschland arbeiten und dann in ihr Herkunftsland zurückkehren. Dort sollten sie ihre neu erworbenen Erfahrungen einbringen, damit ihr Land ökonomisch nach vorn kommt. Integrationsangebote wurden ihnen nicht gemacht, weil weder die damaligen Regierungen noch die Wirtschaft, aber auch die Gastarbeiter selbst nicht an einen Daueraufenthalt dachten.

Nicht zuletzt auf Drängen der Wirtschaft, der das Anlernen der alle zwei Jahre wechselnden Gastarbeiter zu teuer wurde, wurde in den 1960er-Jahren das Rotationsprinzip gelockert. Danach stieg die Zahl der Gastarbeiter auf 2,6 Millionen. Ab 1974 wurde die Familienzusammenführung zugelassen, sodass heute 7,3 Millionen Menschen in Deutschland leben, ohne die deutsche Staatsangehörigkeit zu besitzen.

Das sind fast neun Prozent der Gesamtbevölkerung. Hinzu kamen mehr als zwei Millionen Spätaussiedler und Asylbewerber, die oft bald die deutsche Staatsbürgerschaft erlangten. So wird es verständlich, dass heute fast ein Drittel der in Deutschland lebenden Menschen einen Migrationshintergrund haben. Bei den Kindern unter sechs Jahren sind es 32 Prozent.

Deswegen ist es für die Zukunft unseres Landes so wichtig, bereits in Kindergärten Deutsch zu sprechen, damit diese Kinder mit ausreichenden Sprachkenntnissen an die Grundschule wechseln und dort nicht hoffnungslos überfordert werden. Zum Glück haben sich mittlerweile viele Bundesländer entschlossen, frühkindliche Sprachtests einzuführen, um Defizite rechtzeitig erkennen und beheben zu

können.

Dass heute 38 Prozent der in Deutschland lebenden Ausländer zwischen 20 und 29 Jahren keinen beruflichen Abschluss besitzen, ist ein Alarmzeichen. So wird die berufliche Eingliederung erschwert. In der Folge entstehen soziale Probleme, die die Integration noch schwieriger werden lassen. Die 3,2 Millionen muslimischen Zuwanderer, darunter 1,8 Millionen aus der Türkei, stellen eine besondere Herausforderung für die Integrationspolitik dar. Die meisten kommen aus

ländlichen Regionen.

Die dort über Jahrhunderte geprägten Vorstellungen bestimmen auch ihr hiesiges Leben. Das Aufwachsen der zweiten und dritten Generation führt zu oft heftigen Generationskonflikten über tradierte Werte wie Ehre, Würde, Ansehen, Stellung der Frau sowie religiöse Pflichten und dann zu Identitätskrisen, deren Lösung oft in bewusster Hinwendung zum Islam gesucht wird.

Die deutsche Politik hat die Versäumnisse der Integration in den letzten Jahrzehnten glücklicherweise erkannt. Sie hat jetzt die „nachholende Integration“ – ein Begriffsvorschlag des Migrationsforschers Klaus Bade – zur Schlüsselaufgabe des Zusammenhalts unserer Gesellschaft gemacht.

Jetzt ist es Aufgabe der Regierungen von Bund, Ländern und Kommunen, der Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften, der Kirchen und Religionsgemeinschaften, dass diese großen Zuwanderergruppen, die teilweise schon in der zweiten und dritten Generation bei uns leben, endlich in Deutschland „ankommen“ und unsere Zukunft mitgestalten wollen und können.